

## ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

## BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

**(1) Milliarden-Auftragspotential für Karrys Wirtschaftsdelegation**

Ohne einen einzigen unterschriebenen Vertrag, aber mit einem Auftragspotential von mehreren Milliarden D-Mark ist eine Delegation des hessischen Wirtschaftsministers, Heinz Herbert Karry, der siebzehn deutsche Unternehmen und Bankiers angehörten, aus Peking zurückgekehrt. Während ihres Aufenthaltes in China wurde die deutsche Delegation u.a. von Chai Shu-fan (Minister für Außenhandel), Tao Tao (stellvertretender Minister für Erdöl und chemische Industrie), Chan Pin (stellvertretender Minister für Wasserwirtschaft) und Chia Hui-sheng (stellvertretender Minister für Kohleindustrie) empfangen. Die deutschen Gäste führten außerdem Gespräche mit Vertretern chinesischer Im- und Exportgesellschaften, besuchten Fabriken sowie historische Stätten. Dabei wurden fünf technische Symposien auf den Gebieten Motorenbau und Umweltschutz (VW), Zugbahnfunk und Nachrichtentechnik (AEG, Telefunken), Kernkraftwerke (KWU), Explosionsschutz (Varta) und Luftzerlegungsanlagen (Linde) abgehalten. Für das VW-Werk ist dies der erste Kontakt mit der Volksrepublik China. Da China auf absehbare Zeit nur Schwerlastere importieren wird, rechnet das VW-Werk zunächst nur mit dem Absatz von leichteren Kraftfahrzeugen bis zu zwei Tonnen. Nach dem Besuch von Außenminister Hans Dietrich Genscher, der von Chinas Außenhandelsminister Li Ch'iang bereits im Oktober auf das Interesse an Kernkraftwerken hingewiesen worden war, nutzten die Chinesen den Karry-Besuch zu eingehenden Fragen. Chinesischerseits wurden aber Sorgen über die politische Problematik der Nichtverbreitungsfrage geäußert, denn China benötige neben konventionellen Anlagen auch Kernkraftwerke zwischen 300 und 600 Mega-Watt. Der Reaktor in Biblis (1 250 Mega-Watt) erhält schon im Januar 1978 chinesischen Expertenbesuch.

Von Vertretern der deutschen Banken wurde übereinstimmend eine erhebliche Auftragswelle prognostiziert, die aber nicht vor Ende 1978, also nach Abschluß der internen chinesischen Investitionsplanung, in Gang kommen würde. Sie vertraten die Auffassung, daß die Bank of China von der Parteiführung grünes Licht zur Nutzung von Auslandskrediten erhalten habe. Karry rechnete den Chinesen vor, daß seine Delegation ein Potential von mindestens 20 Mrd. DM repräsentiere, die von den Firmen mit Hilfe ihrer Banken gegen eine einfache Rückzahlungsgarantie der chinesischen Staatsbanken selbst finanziert werden könnten.

Die deutschen Besucher erhoffen sich insbesondere von der Zunahme von Symposien Anschlußgeschäfte, wobei damit gerechnet wird, daß der Anlagenbau für Petrochemie, Kohleveredelung und Metall-

verarbeitung an der Spitze stehen werde. Unternehmer mit alten China-Erfahrungen sollen überrascht von der deutlich größeren Aufgeschlossenheit ihrer chinesischen Partner gewesen sein (BPA Ostinformation, 12.12.1977).

**(2) Protest der CDU-Jugendorganisation gegen die Pro-China-Taktik der Partei**

Eine Gruppe im RCDS-Bundesvorstand, der Führung der CDU-Studentenorganisation, hat sich die "Demokratischen Blätter" (Nr.17, Dez.1977, S.10-18) als Plattform für einen Angriff auf die China-Politik der Partei ausgesucht. Der Vorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) (vgl. auch SZ, 20.12.1977), Pflüger, verlangt, eine Kehrtwendung in Deutschlands China-Politik sei dringend notwendig und kritisiert in sehr scharfer Sprache: "Unsere Politiker prostituieren sich bei den Rot-Chinesen". Im einzelnen moniert er "einen wahren Jubelnachruf in der Bild-Zeitung" auf Chou En-lai nach seinem Tode, ohne daß man "den Millionen Toten, über die der chinesische Führer gegangen ist", seine Aufmerksamkeit gewidmet habe. "Hat man denn in Deutschland vergessen, wie blutig und grausam die Kommunisten die chinesische Revolution durchgeführt haben?... Warum verleugnet man die Tatsache, daß in der VR heute jährlich tausende von Tonnen süchtigmachender Drogen hergestellt werden, um sie in die westliche Welt zu exportieren...." Die Gefahr bestehe, daß in der Bundesrepublik der Eindruck entstehe, es gebe zwei Arten von Kommunismus: einen "schlechten" in der UdSSR und einen "ach so guten" in China. "Der chinesische Kommunismus ist mindestens ebenso menschenfeindlich wie der russische. Kommunismus bedeutet immer Totalitarismus und Uniformität, Illiberalität und Haß."

Uwe G. Fabritzek, als "anerkannter China-Experte" oder als "ausgewiesener Politikwissenschaftler und China-Fachmann ... auch Verfasser einer Broschüre in der Schriftenreihe des RCDS zum Thema "China - Modell oder Mythos? Anmerkungen zu einem Mißverständnis" angesprochen, analysiert die aktuelle Situation nach dem Tode Mao Tse tungs und geht mit gleicher Tendenz auf die Opportunität der angeknüpften freundschaftlichen Beziehungen von CDU- und CSU-Politikern mit Peking ein. Fabritzek sagt weitere Machtkonflikte voraus und stellt fest, "das bedeutet, daß China als instabil und gleichzeitig so wenig kalkulierbar angesehen werden muß, daß es nicht möglich sein dürfte, China als Machtfaktor in die Perspektiven der künftigen Weltpolitik einzubeziehen". Seine Schlußfolgerung: "Im Klartext heißt dies, daß eine glaubwürdige deutsche

Chinapolitik trotz aller scheinbaren Verlockungen darauf verzichten muß, sich zum Vehikel chinesischer Interessen gegen Moskau oder auch Washington degradieren zu lassen."

Ein zusätzlicher Artikel in der Zeitschrift bringt einen KMT-freundlichen Artikel über Taiwan, das wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch und erziehungspolitisch als unerreichtes Vorbild hingestellt wird. Der Artikel hält fest, daß es weltpolitisch völlig unklug sei, Taiwan zu isolieren, es aufzugeben... "Es muß immer wieder beteuert werden, mit welcher Barbarei der Aufbau des Kommunismus dort (VR Ch) verbunden war, daß er sechzig Millionen Tote gefordert hat... Darüber darf doch der freiere Teil Chinas, Taiwan, niemals in Vergessenheit geraten!"

Der in der Karl-Arnold-Bildungsstätte tätige Politologe Fabritzek hat seinen Standpunkt ebenfalls in der CDU-Theoriezeitschrift "Sonde" wiederholt, wenn er den Pekingreisenden der Union "eine fast schon bestürzende Empfänglichkeit für chinesische Lobhudeleien" bescheinigte.

Hier protestiert also die Partei von ihren Grundsätzen her gegen die China-Taktik. Es bleibt die Frage, ob die CDU-CSU-Führung solche Angriffe schweigend hinnehmen kann.

Für den nicht parteilich gebundenen Beobachter der China-Welle in der Bundesrepublik erscheinen im übrigen kritische Worte über das unkritische Verhalten von Chinareisenden durchaus angebracht.

### (3) Chinesische Musiker in der Bundesrepublik

Auf Initiative des deutschen Botschafters in Peking, Dr. Erwin Wickert, besuchten im Rahmen des deutsch-chinesischen Kulturaustausches sechs Vertreter des chinesischen Musiklebens vom 16. November bis 6. Dezember 1977 die Bundesrepublik. Es handelte sich u.a. um den Direktor der Zentralen Musikhochschule Peking, einen Dirigenten des Philharmonischen Orchesters Peking sowie Pianisten, Sänger und Schauspieler. Auch diese Informationsreise ist erst nach den politischen Veränderungen des Jahres 1976 möglich geworden, denn einige Mitglieder der Delegation hatten seit der Kulturrevolution Berufsverbot gehabt. In Köln besuchten die Chinesen den WDR, die Musikhochschule und das Musikwissenschaftliche Institut der Universität. In Essen besuchten sie die Folkwang-Hochschule für Musik, Theater und Tanz. Weiter stand auf dem Programm Hannover, Detmold, Hamburg, Stuttgart und München.

### (4) Hsinhua freut sich über das "erste große Autogeschäft" zwischen der DDR und dem VW-Konzern

Hsinhua (NCNA, 14.12.77) ist ganz offensichtlich zusammen mit "Kreisen der westdeutschen Autoindustrie der Auffassung, daß... der Verkauf von 10.000 Personenautos des westdeutschen Volkswagenwerks in die DDR einen 'Durchbruch' darstellt. Durch den Verkauf westdeutscher Autos müssen mehr Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge in der DDR errichtet werden, und es wird zu einem steigenden Bedarf von Ersatzteilen für diese Autos kommen." Die DDR habe bereits vor einiger Zeit damit begonnen, statt sowjetischer Autos vom Typ Tschaika den schwedischen Volvo zu übernehmen. Und nun der VW!

Das Geschäft paßt in die allgemeine chinesische Perzeption, daß die Völker ihre Angelegenheiten untereinander zu regeln hätten.

### (5) Die Zeitschrift "China Reconstructs" erscheint ab Januar 1978 auch in Deutsch

Ab Januar 1978 wird alle zwei Monate eine Ausgabe der Zeitschrift "China im Aufbau" nun auch in deutscher Sprache erscheinen. Es handelt sich hierbei um eine im allgemeinen mit instruktiven Artikeln aus dem Wirtschaftsleben aufgemachte und von zahlreichen Farb- und Schwarz-Weißphotos begleitete Zeitschrift, die unter der Leitung von Sung Ting-ling, der stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Komitees des NVK, herausgegeben wird und deren erste englische Ausgabe 1952 erschien. Bisher gab es Editionen in fünf Sprachen, nämlich in Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch und Arabisch. Die Zeitschrift soll, wie es in einer Ankündigung von Hsinhua (NCNA, 27.12.77) heißt, "die Leser über die Entwicklung der sozialistischen Revolution und den sozialistischen Aufbau in China sowie über das Leben der nationalen Minderheiten Chinas in Form von Hintergrundmaterial informieren, um die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern anderer Länder zu entwickeln. Sie enthält Artikel und Features über Fragen der Politik, der Wirtschaft, des Erziehungswesens, der Gesundheit und der Medizin, der Wissenschaft, der Literatur, der Kunst, der Frauen und Kinder, der Geschichte, der Geographie und der Beziehung zwischen China und anderen Ländern. Besondere Spalten sind einer Sprachenecke, Sportnachrichten, Briefmarken und Leserbriefen vorbehalten.

### (6) Neubau des Museums für Ostasiatische Kunst in Köln

Am 2. Dezember wurde am Aachener Weiher neben dem Japanischen Kulturinstitut das neue Gebäude des Museums für Ostasiatische Kunst der Stadt Köln der Öffentlichkeit übergeben. Das ursprüngliche Gebäude des Museums am Hansaring war im Zweiten Weltkrieg zerstört worden, danach war nur die Ausstellung von einer kleineren Auswahl in der Hahnenortburg möglich. Das Museum wurde von 1949-1965 von Prof. Werner Speiser geleitet, seit 1966 steht ihm Prof. Roger Goepper vor. Das Museum hat einen neuen Katalog unter dem Titel "Meisterwerke aus China, Korea und Japan" veröffentlicht.

### (7) Russisches Buch über die deutsch-chinesischen Beziehungen in polnischer Übersetzung

1974 ist in der Sowjetunion eine Analyse über "Die BRD und China" von Andrej Stepanow erschienen. Dieses Buch ist auch als Studienhintergrund für die osteuropäischen Länder gedacht. Es wurde unlängst ins Polnische übersetzt (Polens Nachrichtenagentur PHP, 11.12.1977). Eine Grundthese dieses Buches sei, "daß die Wege der Ultrarevolutionäre sich an einem bestimmten Punkt mit denen der Ultrareaktionäre kreuzen und daß die formal gegensätzlichen Kräfte sehr leicht zu einer Verständigung kommen".

Die ursprüngliche Veröffentlichung "FRG i Kitaj", Moskau 1974, trägt den Untertitel "Zur Geschichte der Beziehungen der Jahre 1949 bis 1974". Es handelt sich um einen Abriß in vier Kapiteln, wobei nur ein geringer Teil den Anfang der siebziger Jahre behandelt. Die Veröffentlichung basiert fast ausschließlich auf westdeutschen Zeitungsberichten, verwendet also keine chinesischen Quellen. Von der Tendenz her wird vor allem Peking wegen seines "Klassenverrats" der Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Westen hart kritisiert, für die Bundesrepublik gibt es wegen ihrer Politik der Zusammenarbeit (Ostpolitik) wesentlich mildere Zensuren. Die Veröffentlichung kann also nicht die wesentlich interessanteren Jahre von 1972 bis 1976 behandeln, die auch für die osteuropäischen Staaten wichtiger sind, weil Peking seit dieser Zeit verstärkt versucht hat, Osteuropa vor der sowjetischen Übermacht "in Schutz" zu nehmen.

## WESTEUROPA

### (8) EG-China-Abkommen noch in diesem Frühjahr

Die europäische Kommission in Brüssel geht davon aus, daß spätestens bis zum Mai dieses Jahres ein Fünf-Jahres-Handelsabkommen mit China unterschrieben sein wird. Peking hatte erstmals im Mai 1975 nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der EG sein Interesse an einem formellen Handelsvertrag bekundet. Seitdem hat es zahllose informelle Konsultationen und Erkundigungsgespräche gegeben, die durch die innenpolitische Umwälzung in China jedoch unterbrochen wurden. Die europäischen Verhandlungspartner Pekings drängen in dem Vertrag auf eine Klausel, die es Brüssel ermöglicht, eine gleichmäßige Versorgung mit chinesischen Rohstoffen herbeizuführen - ein Versuch übrigens, der mit südostasiatischen Staaten fehlgeschlagen war. Auf strikte Ablehnung der Chinesen stößt allerdings der europäische Wunsch, eine Schutzklausel einzubauen, die den Export bestimmter chinesischer Güter begrenzt. Peking hat zu erkennen gegeben, daß eine solche Schutzklausel zwischen befreundeten Staaten nicht notwendig sei und schlug statt dessen Konsultationen und den Austausch von Informationen vor. Obwohl über dieses Thema zur Zeit noch keine Einigung zwischen den Partnern besteht, glaubt man in Brüssel an einen Kompromiß, der vielleicht in speziellen Preisklauseln bestehen könnte, die die Marktstörungen verhindern sollen. Peking seinerseits fordert einen Mechanismus, der das bisher übliche Handelsbilanzdefizit mit Europa (1976: 300 Mio.US\$, 1975: 500 Mio.US\$) verhindern soll. Andere Schwierigkeiten, die nach dem Abschluß des Vertrages entstehen könnten, sollen durch eine gemeinsame Kommission geklärt werden (Quelle: FEER, 30.Dez.1977).

### (9) Frankreich erhofft neue Impulse für den China-Handel

Der jüngste Besuch des chinesischen Außenhandelsministers Li Ch'iang in Frankreich hat zwar keine

unmittelbar greifbaren Ergebnisse gezeitigt, jedoch erhofft sich die französische Regierung nach der radikalen Abnahme des Warenaustauschs im Jahre 1977 wieder bessere Ergebnisse für 1978. Li Ch'iang, der zum Abschluß seines Besuches auch eine Unterredung mit Premierminister Barre hatte (Barre wird seinerseits im Januar 1978 eine Chinareise unternehmen), besuchte während seines achttägigen Aufenthaltes zahlreiche Unternehmen in Paris, Lyon, Marseille und Toulouse. Die Handelsbeziehungen zwischen China und Frankreich zeichnen sich durch eine sehr ungleichmäßige Entwicklung aus (s. Tabelle). Eine kontinuierliche Entwicklung wird sich aber auch in Zukunft nur schwer erreichen lassen, da die laufenden französischen Exportprodukte beschränkt sind. Ein weiterer Grund ist, daß die Struktur der Produkte vor allem auf Großaufträge ausgerichtet ist, die schubweise auftreten und keinen kontinuierlichen Warenverkehr garantieren. Die sogenannten laufenden Exporte (Stahl, Aluminium oder Halbfabrikate) machten 1976 lediglich 15% der Gesamtausfuhr aus. Ihr Anteil ist zu klein, um die nicht regelmäßig anfallenden Großlieferungen notfalls ersetzen zu können. Dennoch betrachten französische Unternehmer das China-Geschäft optimistisch, wobei ein Auftrag über 200 Mio.Franc zur Lieferung von elektronischem Material für die Thomson C.S.F. auslösendes Moment war. Zahlreiche Kontakte auf Industrieebene geben zu einigen Hoffnungen Anlaß. So hat der Generaldirektor der staatlichen chinesischen Telefongesellschaft, Li Chuan, während einer dreitägigen Visite französische Fernsprecheinrichtungen besichtigt. China will sein Telefonnetz weitestgehend automatisieren, heißt es in Kreisen des Außenhandelsministeriums in Paris. Die Möglichkeiten einer technischen Zusammenarbeit der beiden Staaten werden geprüft. Interesse haben die Chinesen auch an französischen EDV-Anlagen sowie auf dem Eisenbahn- und Erdöl-Sektor. Das Centre Francaise du Commerce Extérieur plant für die nächsten zwei Jahre verschiedene Goodwill-Aktionen, darunter solche für den Werkzeugmaschinenbau, die Luftfahrtelektronik sowie für den Landwirtschaftsmaschinenbau.

Zuversichtlich zeigt sich auch der französische Lastkraftwagenhersteller Berliet S.A. (Lyon). Das Unternehmen geht allerdings davon aus, daß in Zukunft eher mit Lizenzvergaben und Engineering-Aufträgen im China-Geschäft zu rechnen sei als mit der Lieferung einer größeren Anzahl von Lastkraftwagen. Derzeit sind in der Volksrepublik rund elftausend Berliet-Lastwagen in Betrieb. Der letzte Vertrag über die Lieferung von eintausend Lkw war 1974 abgeschlossen, bis ins Jahr 1976 hinein abgewickelt worden. Berliet liefert seit zehn Jahren nach China.

Während des Li Ch'iang-Besuches wurde dem chinesischen Außenhandelsminister ein Produktionsprogramm vorgestellt, das von Großlastwagen über Transporter bis zu Autobussen reicht (VWD/NFA, 5.12.1977 und 19.12.1977; NZZ, 17.12.1977; Le Monde, 9.12.1977). (Tabelle s. nächste Seite)

### (10) Zur Problematik der Peking-orientierten Splitterparteien in Italien

Die italienische Fachzeitschrift Mondo Chinese, Nr.19, 1977, bringt einen aufschlußreichen Bericht über "Fünfzehn Jahre der marxistisch-leninistischen Bewegung in Italien", d.h. der maoistischen Parteien

## Französische Ex- und Importe

	1970	1972	1973	1974	1975	1976	9 mois 1976	9 mois 1977
<b>Exportations françaises</b>	448,3	301	398	769	1610,2	1603,8	1489	337,6
<b>Importations françaises</b>	288	529	653	878,4	741,9	928,3	669,4	691,9
<b>Solde</b>	+160,3	-228	-255	-109,4	+868,3	+675,5	+819,6	-354,3

(Quelle: Le Monde, 9.12.1977)

dort. Im wesentlichen zeigen sich die gleichen Probleme, wie man sie von den Splitterparteien in der Bundesrepublik her kennt: Die Bewegung entstand Anfang der sechziger Jahre angesichts des sino-sowjetischen Konfliktes. 1966 brachte die offizielle Begründung der Kommunistischen Partei Italiens (ML), die sofort von Peking anerkannt wurde, danach kam es zur Spaltung. Neben kleineren Gruppen wie Der Rote Stern, Die Revolutionäre Front der Marxisten-Leninisten, Liga (ML) Italiens, entsteht die Großunion der Kommunisten Italiens (ML), die im Oktober 1968 in Rom gegründet und 1972 in Milano zur Partei umgeformt wurde. Nach Spaltung entstand 1972 die Partei der Marxistisch-Leninistischen Kommunisten Italiens in bewußter populistischer Konfrontation zu den vorher genannten Splittergruppen. Ebenfalls wie in der Bundesrepublik gab es 1972 von Peking unterstützte Bemühungen um eine Vereinigung und einen Zusammenschluß der Splittergruppen. Auch die enge Verbindung der italienisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaften zu den Splittergruppen ist zu konstatieren. Nach dem Oktober 1976 entstehen neue Meinungsverschiedenheiten, weil manche Splittergruppen sich gegen die neue Führung stellen und die Hua/Teng-Politik als einen Verrat am Maoismus bezeichnen. Diesen Standpunkt vertritt vor allen Dingen die Kommunistische Partei Italiens (ML) unter Fosco Dinucci. Gerade diese Gruppe hatte die italienisch-chinesische Freundschaftsgesellschaft und ihre Zeitung "Nuovo Unita" kontrolliert. Insgesamt ist also eine weitere Zersplitterung, wie unter den früheren Peking-Getreuen in der BRD, und eine tiefe Verunsicherung angesichts der neuen Machtverhältnisse und des neuen Kurses in Peking festzustellen.

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

## (11) Auch in der "Türkischen Meerenge sowjetisches Säbelrasseln"

Im Jahre 1977 seien 279 ausländische Kriegsschiffe durch die türkischen Meerengen gefahren, davon 235 Einheiten der sowjetischen Marine (Trägerschiffe, Schlachtkreuzer, Unterseeboote, Zerstörer und Raketenangriffsschiffe.

Diese Fakten führt Hsinhua (10.12.77) unter

Zitierung der türkischen Zeitung Son Havadis an. Den türkischen Dienststellen und Gruppen im Meerengenbereich sei Befehl erteilt worden, im Zustand der Alarmbereitschaft zu bleiben, da sie dauernd von einem "hypothetischen Feind" umgeben seien. 99% der sowjetischen Schiffe weigerten sich, bei der Durchfahrt türkische Navigatoren an Bord zu nehmen und dies trotz der Tatsache, daß die Kriegsschiffe einen Rekord von Unfällen verursacht hätten. Täglich werde der Bosphorus zum Schauplatz neuer Unglücksfälle.

## (12) Kuba steht "unter der Fuchtel" der Sowjetunion und holt für sie in Afrika "die Kastanien aus dem Feuer"

Mit dem Ziel, die unabhängigen Länder und Befreiungsbewegungen in Afrika zu kontrollieren, den Indischen Ozean und den Südatlantik unter Kontrolle zu bekommen und sich beim Ringen mit den USA um die Vorherrschaft in Europa den Rücken zu stärken, hat die Sowjetunion "kubanische Söldner zu bewaffneten Interventionen in Afrika" eingesetzt, und zwar erstmals Anfang 1976 in Angola, 1977 in Zaire. Zusätzlich reiste Fidel Castro im März 1977 durch Nord-, Ost- und das südliche Afrika, wobei er seine Reise streng mit der Afrikareise Podgornys abstimmte und den afrikanischen Gastgebern "unermüdlich... ein Bündnis mit der Sowjetunion... empfahl".

Außer bewaffneten Einheiten habe Kuba die Zahl seiner Zivilberater bis Ende 1977 auf sechstausend erhöht, von denen 90% in Afrika stationiert sind. Allein in Angola seien inzwischen rund 19.000 kubanische Soldaten und viertausend Zivilberater anwesend. Außerdem stünden rund 26.000 Kubaner in sechzehn afrikanischen Ländern, darunter 20.615 Soldaten oder Militärberater, die unter dem "Aushängeschild des Sozialismus" und der freundschaftlichen Zusammenarbeit tätig sind (PRu 1978, Nr.1, S.23 f.). Erst nach jahrelanger sowjetischer Abrichtung wurde Kuba zum tüchtigen Helfer bei der Durchsetzung des sowjetischen Hegemonismus. Im vergangenen Jahr hat die Sowjetunion Kuba über 5 Mrd.US\$ in Form von Hilfe und Krediten gegeben, dazu noch verschiedene Typen von Panzern, Flugzeugen, Geschützen, Raketen und Kriegsschiffen im Wert von fast 2 Mrd.US\$. Zehntausende sowjetischer "Experten" und "Berater" haben das politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Leben des Landes durchdrungen. Sowjeti-

sche Militärberater und Offiziere kontrollieren direkt den Einsatz und die Instandhaltung der militärischen Ausrüstung sowie die Ausbildung und das Kommando der kubanischen Streitkräfte."

#### (13) Weitere Zuspitzung des chinesisch-albanischen Konflikts

Am 30. November hielt Ministerpräsident Mehmet Shehu anlässlich des albanischen Nationalfeiertages eine Rede, in der er u.a. die "Drei-Welten-Verfechter mit ihren theoretischen Akrobatikstücken, die von egoistischen und konjunkturellen Interessen gelenkt werden", heftig angriff (BPA Ostinfo, 1.12.1977). In einem Bericht aus Wien (FAZ, 2.12.1977) wird Mehmet Shehu außerdem mit folgenden Worten zitiert: Die Vertreter der Drei-Welten-Theorie hätten "ihre Maske dank ihrer proimperialistischen Tätigkeit verloren". Sie seien heute die "eifrigsten Advokaten der Interessen des amerikanischen Imperialismus, der reaktionären Bourgeoisie und der Weltreaktion". Sie hätten "ihre Ideen von den klassischen Revisionisten wie Bernstein, Kautzky, Trotzki und Bucharin. Sie glauben, der sowjetische Sozialimperialismus sei gefährlicher als der amerikanische Imperialismus, weil er sich im Gegensatz zu letzterem noch im Aufsteigen befinde. Dies ist jedoch falsch und kurzsichtig. Der amerikanische Imperialismus ist genau so gefährlich wie der sowjetische, und keineswegs befindet er sich in der Defensive."

Sodann griff Mehmet Shehu den "Vater des modernen Revisionismus", den jugoslawischen Präsidenten Tito, an, der vor einem Vierteljahr in Peking einen unvergleichlichen Empfang erhalten hatte.

Die rapide Verschlechterung der Beziehungen zu Albanien wurde auch darin deutlich, daß am 29. März kein einziges der fünf Vorstandsmitglieder der KP Chinas zum Empfang der albanischen Botschaft anlässlich des 33. Jahrestags der Selbständigkeit des Landes erschienen war. Noch im Jahre 1976 waren Yeh Chien-ying und Li Hsien-nien als Gratulanten in der albanischen Botschaft erschienen. Diesmal erschienen lediglich zwei nicht zum Vorstand gehörende Politbüro-Mitglieder, nämlich Ulanfu und Keng Piao, der "Außenminister" der chinesischen KP.

Ganz im Gegensatz zu dem kühlen Verhalten der Chinesen zeigte sich die sowjetische Regierungszeitung Iswestija von ihrer freundlichsten Seite, als sie den "Werkstätigen Albaniens" Glückwünsche aussprach und ihnen "weiteren Erfolg beim sozialistischen Aufbau" wünschte. Wörtlich hieß es, daß "die Sowjetunion fest davon überzeugt ist, daß die Wiederherstellung gleichberechtigter, gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VR Albanien im langfristigen Interesse der sowjetischen und albanischen Völker und im Interesse des Friedens und des Sozialismus liegt".

#### (14) Albanien sticht weiter gegen Peking

Albaniens Vorsitzender des Ministerrates hat in einer Rede (nach DW, 1.12.1977) darauf hingewiesen, daß die Prediger der Drei-Welten-Theorie (d.h. die neue Führung in Peking) mit ihrem "von egoistischen und kurzfristigen Interessen diktierten theoretischen Hokuspokus" sich den Sowjets zuwenden könnten. Die Drei-Welten-Theorie habe die Losung von Marx "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" in die

konterrevolutionäre Parole "Proletarier und Völker aller Länder, vereinigt Euch unter Führung des US-Imperialismus gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" umgewandelt. Der albanische Politiker bezeichnete im übrigen den XX. Parteitag als die Quelle allen Übels und Tito als den Vater des modernen Revisionismus. Weitere Attacken nahmen sich den Euro-Kommunismus vor, der als "schmutzigster Sumpf" hingestellt wurde. Peking hält sich gegenüber solchen Attacken, wie die interne Rede von Huang Hua (vgl. Teilübersetzung in diesem Heft) beweist, weiterhin zurück. Innerhalb der Partei ist allerdings noch eine intensive Schulung im Gange, um den chinesischen Kadern den möglicherweise nur zeitweiligen Abfall des engen Freundes des letzten Jahrzehntes plausibel zu machen.

## NORDAMERIKA

#### (15) US-chinesische Wissenschaftler für die Volksrepublik

Seit dem Ende der Kulturrevolution ist es ein Anliegen der pragmatischen Fraktion um Chou En-lai gewesen, die Volksrepublik unter Rückgriff auf die Wissenschaftler chinesischer Herkunft in den Vereinigten Staaten mit modernstem wissenschaftlichem und technologischem Know-how zu versorgen. In diesem Zusammenhang war ein deutliches Umwerben dieser Zielgruppe während der zurückliegenden Jahre zu sehen. Für die neuetablierte Führung nach dem Oktober 1976 ist eine solche Ausrichtung noch wesentlich zentraler geworden. Zwei Nobel-Preisträger, Yang Cheng-ning und Ting Chao-chung sowie Dr. Wu Chien-hsing sind zu Besuchen in der Volksrepublik gewesen, die außerordentlich auf die Kreise der gebildeten Auslandschinesen zurückgewirkt haben. Prof. Yang ist heute Vorsitzender einer in diesem Sinne wirkenden Gesellschaft für ausländische Wissenschaftler, der angesehene amerikanische Sinoologe Ho Ping-ti fungiert als Stellvertreter in dieser Organisation. Diese Ausrichtung der chinesischen Wissenschaftsplanung wird mit dem angekündigten Volkskongress noch deutlichere Konturen annehmen (IS, Dez. 1977, S.7).

#### (16) David Bruce, der erste US-Repräsentant bei der amerikanischen Verbindungsmision in Peking, ist tot

Im Alter von 79 Jahren starb David Bruce am 6. Dezember 1977 an den Folgen eines Herzinfarkts. Bruce, einer der führenden amerikanischen Diplomaten, der sein Land in den drei wichtigsten Hauptstädten Europas, Paris, Bonn und London vertreten und auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs 1970 und 1971 die amerikanischen Friedensverhandlungen mit Vertretern Hanois und des Vietkongs in Paris geführt hatte, war im Jahre 1973 als erster Vertreter seines Landes in China tätig, wo er die Leitung des amerikanischen Verbindungsbüros in Peking übernommen hatte. Der damalige Präsident Nixon hatte gehofft, daß Bruce, der etwa gleich alt war wie Chou En-lai, mit dem chinesischen Ministerpräsidenten auf "gleicher Welle funken" könnte. Diese Erwartungen

allerdings wurden enttäuscht, so daß Bruce neue Aufgaben suchte, vor allem bei der NATO in Brüssel. 1976 hatte er sich ins Privatleben zurückgezogen.

## ASIEN

### (17) Chinas Haltung zu Hong Kong und Macao

Eine Hongkonger Zeitschrift, die Peking nahesteht (es handelt sich um die Zeitschrift Cheng Ming; nach FEER 2.12.1977), hat in einem ausführlichen Artikel zum Hong Kong- und Macao-Problem Stellung genommen, worin Beobachter eine offiziöse Meinungsäußerung der Pekinger Regierung vermuten. Danach sei es die vor Jahren festgelegte Politik des verstorbenen Vorsitzenden Mao Tse-tung und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, den Status quo beider Orte über das Jahr zweitausend hinaus nicht anzutasten, solange die örtlichen Behörden Chinas Wünsche und Interessen respektieren. Dies darf als eine Stützung derjenigen angesehen werden, die in Hongkong investiert haben oder Industrien aufzogen. Es läßt sich auch eine Versicherung herauslesen, daß die New Territories, die von 1898 ab für 99 Jahre an Großbritannien abgetreten wurden, nicht plötzlich von Peking zurückgefordert werden. Konkret wird von den Hongkonger Behörden verlangt, die Infiltration der Sowjetunion zu unterbinden und die Aktivitäten der Taiwan-Agenten einzuschränken. Danach ist bereits von hohen Führungskadern zum Nationaltag am 1. Oktober 1977 Geschäftsleuten aus Hongkong und Macao versichert worden, sie "sollten sich keine Sorgen machen" über das Rückgabedatum der Neuen Territorien.

Als eine Äußerung in dieser Richtung wird auch der Artikel des Ministers für Außenhandel Li Chiang in der Oktober-Ausgabe der "Roten Fahne" angesehen, der sich für eine verstärkte Versorgung der beiden Städte aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ausspricht.

Auch zum Taiwan-Problem hat der Artikel der Hongkonger Zeitschrift zu bemerken, solange es nicht absolut notwendig sei, werde China nicht Gewalt anwenden, um Taiwan wieder in seine Hände zu bringen. Es sei offensichtlich, daß ein solches Vorgehen die Widersprüche zwischen China und den USA vertiefen werde, und die Ergebnisse würden in Pekings Auseinandersetzung mit der Sowjetunion nicht von Nutzen sein.

### (18) Bank of China besucht Japan

Nach einer längeren Rundreise chinesischer Bankiers durch Westeuropa im Sommer 1977, die schon zu Spekulationen geführt hatte, daß Peking nunmehr bereit sei, auch Kredite im großen Ausmaß zu akzeptieren, wird die Bank of China nun auch Sondierungsgespräche in Japan führen. Eine Delegation der Bank wird auf Einladung der Bank von Japan im April 1978 nach Tokio reisen. In Japan hofft man, daß die Verhandlungen mit den Chinesen zu einem umfassenden Informationsaustausch einschließlich der Ausbildung chinesischer Bankiers in Japan führen wird. Auch denke man daran, die Chinesen mit dem Computersystem der japanischen Zentralbank bekannt

zu machen (The Japan Times, 26.12.77).

### (19) Zwiespältiges Verhalten gegenüber Nordkorea

Dutzende von Erklärungen, die den Standpunkt der nordkoreanischen KP unterstützen, sind im Jahre 1977 von der VR China abgegeben worden.

Diese ungemein positive theoretische Haltung wird jedoch sofort relativiert, wenn man die finanzielle Unterstützung Chinas für seine Nachbarn ins Auge faßt: Pyongyang, das mit 1,5 Mrd.\$ gegenüber "kapitalistischen" Ländern verschuldet ist, hat im Augenblick nichts nötiger als finanzielle Unterstützung von seiten der sozialistischen Bruderländer. Diese jedoch sind mit ihrer Solidarität, soweit die finanzielle Seite angesprochen ist, in den letzten Jahren zurückhaltend geworden. Peking beispielsweise hat 1976 nur 1,6 Mio.\$ Entwicklungshilfe geleistet, wie japanische Quellen wissen wollen (zitiert nach Le Monde, 27.12.77). Die Sowjetunion gar, die von 1970 bis 1974 725 Mio.\$ zur Verfügung gestellt hatte, war im Jahre 1976 auf 4 Mio.\$ zurückgegangen.

### (20) Pakistanischer Regierungschef besucht China

Vom 16. bis 19. Dezember 1977 stattete General Zia-ul-Haq, oberster Kriegsrecht-Administrator und Regierungschef der Islamischen Republik Pakistan, der VR China einen inoffiziellen Freundschaftsbesuch ab. Dies war der erste Besuch eines pakistanischen Regierungschefs seit dem Tode Maos. Zweck der Visite war es u.a., wie ein offizieller Sprecher in Islamabad bekannt gab, für die wirtschaftliche Hilfe Pekings zu danken, die seit 1962 insgesamt 368 Mio.\$ betragen habe und sich auf die wichtigsten pakistanischen Industriezweige erstreckte. 1977 wurde bei Islamabad das erste Stahlwerk des Landes, das mit chinesischer Hilfe errichtet wurde, eröffnet. China ist ebenfalls am Bau der "Straße der Freundschaft" beteiligt, die ab 1978 die gebirgigen Regionen Nordpakistans mit China verbindet. Die Zahl der an dieser Arbeit beteiligten Chinesen wird auf 10.000 geschätzt. Der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern ist für Pakistan defizitär. Im Zeitraum 1976/77 betragen die pakistanischen Exporte nach China 9 Mio.\$, während sich die Importe aus China auf 60 Mio.\$ beliefen.

Ein weiterer Zweck der Reise war es, in Peking um Verständnis für die Umstände zu werben, die zum Sturz des früheren Premierministers Bhutto geführt hatten, einem in Peking gut eingeführten Politiker. Zum Zweck einer solchen Verständniswerbung hatte der neue Regierungschef bereits in den Wochen vor seinem Chinabesuch eine Reihe mittelöstlicher Staaten besucht. China ist das erste Land außerhalb der islamischen Welt, das vom neuen Regierungschef aufgesucht wurde. Der außerordentlich hohe Stellenwert, den China im außenpolitischen Konzept Pakistans einnimmt, wurde damit erneut deutlich.

Für China umgekehrt ist Pakistan ein Land, das als wichtiger Balancefaktor gegenüber jenem Indien angesehen werden darf, das auch nach Regierungsantritt des neuen Premierministers ein für den Geschmack Pekings immer noch zu enges Verhältnis zu Moskau pflegt. Aus diesem Grunde wird Peking zu

Islamabad stets ein gutes Verhältnis suchen, gleichgültig ob dort ein bürgerliches, ein militaristisches oder ein sozialistisches Regime herrscht. Bei seiner Bankettrede drückte Teng Hsiao-p'ing diesen Gedanken folgendermaßen aus: "Ein Pakistan, das an der Politik der Unabhängigkeit festhält und wie ein Fels nach dem südasiatischen Subkontinent steht, ist ein großes Hindernis für die hegemonistische Kontrolle über Südasien und zugleich eine wichtige Kraft für Frieden und Stabilität in diesem Gebiet (PRu 1977, Nr.52, S.5).

Trotz aller offiziellen Freundschaft, die zwischen beiden Ländern besteht, war aber eine gewisse protokollarische Kühle gegenüber dem Gast nicht zu übersehen. War Bhutto noch jedesmal fast von der gesamten Führungsspitze Pekings empfangen worden, so kam Zia-ul-Haq insgesamt mit nur zwei Politbüromitgliedern, wenn auch den beiden wichtigsten, in Berührung, nämlich mit Teng Hsiao-p'ing und mit Hua Kuo-feng. (Bhutto hatte übrigens im Mai 1976 Peking besucht und war damals als letzter Staatsgast überhaupt von dem bereits todkranken Mao Tse-tung empfangen worden.) Manche Beobachter hatten übrigens frostige Distanz Pekings gegenüber dem neuen pakistanischen Regierungschef auch darin sehen wollen, daß dessen Flugzeug statt in Peking in Schanghai landete. Dabei wurde allerdings übersehen, daß das Flugzeug wegen schlechten Wetters nach Schanghai umgeleitet werden mußte.

Mit Teng Hsiao-p'ing führte der General Gespräche über die internationale Lage, die Entwicklung in Asien und über die Fragen von bilateralem Interesse. Teng bezeichnete die Gespräche als "zufriedenstellend". Der Besuch des Gastes habe "einen positiven Beitrag zur Verstärkung und Entwicklung der Freundschaft zwischen China und Pakistan geleistet... Die chinesische Regierung und das chinesische Volk werden dem pakistanischen Volk in seinem gerechten Kampf zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität und bei seinen Bemühungen um die Erlangung der Selbstbestimmungen für das Volk von Jammu und Kaschmir weiterhin uneingeschränkte Hilfe leisten" (NCNA, 18.12.77). Am vorletzten Tag seines Aufenthalts nahm der pakistanische General in der Nähe von Peking an dem Manöver einer Panzerinheit der chinesischen VBA teil.

Zia-ul-Haq stellte am Ende seiner Reise, als er Bilanz zog, erfreut fest, daß es zwischen Pakistan und China keine Probleme gebe, daß vielmehr nach wie vor ein Verhältnis der Freundschaft bestehe.

Schon wenige Tage später kam eine pakistanische Regierungsdelegation nach Peking, um dort Handelsgespräche zu führen. U.a. sollten dort auch Präliminarien für eine chinesische Rüstungshilfe angesprochen werden.

#### (21) Sri Lanka

Mit seiner steigenden Auslandsverschuldung gehört Sri Lanka nach chinesischer Auffassung zu jenen Ländern, die besonders stark unter der "imperialistischen Ausplünderung" zu leiden haben. Insgesamt beliefen sich die Auslandsschulden der Entwicklungsländer auf etwa 200 Mrd.US\$. Rund 10%, in einigen Ländern sogar bis zu 30%, ihrer gesamten Deviseneinkommen mußten jährlich allein für die Rückzahlung dieser Schulden, einschließlich der angefallenen Zinsen, verwendet werden. Das Ergebnis sei eine passive internationale Zahlungsbilanz, wachsende Defizite

und eine fieberhafte Suche nach neuen Krediten. Die Entwicklungsländer gerieten in einen Teufelskreis, indem sie permanent neue Anleihen aufnehmen müßten, um die alten zu begleichen. Schon 1967-1973 hätten die Entwicklungsländer jährlich 50-60% ihrer neuen Kredite zur Tilgung alter Schulden verwenden müssen. Vor allem seit Beginn der Wirtschaftskrise der westlichen kapitalistischen Welt von 1973 hätten die imperialistischen Mächte die Preise für Industrieprodukte erhöht und gleichzeitig die Rohstoffpreise gedrückt sowie bei Krediten den Rückzahlungstermin verkürzt.

Seit 1964 jedoch hätten die Entwicklungsländer, und zwar anlässlich der ersten UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung, damit begonnen, sich zu wehren und Vorschläge zur Aufschiebung der Zahlungstermine, zur Herabsetzung der Zinsen, zur Kreditvergabe ohne politische und wirtschaftliche Bedingungen und zur bedingungslosen Verwendung der Kredite gemacht. Außerdem hätten sie eine Regelung der alten Schulden, eine Neufestlegung der Zahlungsstermine und eine Zinsrevision verlangt. Auf der 6.Sondertagung der UNO-Vollversammlung im Jahre 1974 forderten die Entwicklungsländer einen Schuldenerlaß (PRu 1977, Nr.52, S.20 ff.).

#### (22) China sucht im vietnamesisch-kambodschanischen Grenzkrieg eine streng überparteiliche Haltung einzunehmen

Der vietnamesisch-kambodschanische Grenzkrieg, der schon 1977 schwelte, aber erst gegen Ende des Jahres voll ausbrach, war von Anfang an ein Teil des sino-sowjetischen Konflikts, insofern Peking in Indochina für eine Balkanisierungs-Moskau dagegen - ganz im Sinne Vietnams - für eine Integrationslösung eintritt. Hauptgewinner im Falle einer Okkupation Kambodschas durch Vietnam wäre die Sowjetunion, die sich ja nicht von ungefähr mit so hohem Aufwand in Indochina "eingekauft" hat, u.a. durch Aufbauhilfe im Werte von 2,4 Mrd.US\$ für den Zeitraum des laufenden Fünfjahresplans (1976-1980) und durch Beteiligung an nicht weniger als vierzig Projekten im Bereich der Elektrizitätserzeugung, der Öl-, Erdgas- und Mineralienprospektierung, des Medizin- und Gesundheitswesens sowie der militärischen Entwicklung.

Eigentlich müßte man erwarten, daß Peking sich in dem Konflikt ganz auf die Seite der Kambodschaner schlägt. Damit würde es sich jedoch seiner Chancen für eine eventuelle spätere Vermittlung berauben - für eine Vermittlung, die der Volksrepublik mehr Gewicht und Einfluß in Indochina verschaffen könnte als eine voreilige einseitige Stellungnahme.

Die streng paritätische Haltung geht auch daraus hervor, daß Chinas Presse die kambodschanische und die vietnamesische Stellungnahme zu den bewaffneten Grenzkonflikten in voller Länge abdruckte und damit dem Leser es anheimstellte, sich sein eigenes Urteil zu bilden.

In der Erklärung des kambodschanischen Botschafters vom 31.Dezember 1977, die dieser auf einer Pressekonferenz in Peking abgab, hieß es u.a.: "Seit September 1977 hat die Armee der Sozialistischen Republik Vietnam mit mehreren Infanteriedivisionen aus Hanoi, Hunderten von Panzern und schwerer Artillerie des öfteren auch mit Luftunterstützung, systematisch und groß angelegte Invasionsakte gegen das Demokratische Kampuchea unternommen, um die

Reisernte in der Ostregion... (es folgen weitere Namen...) zu rauben. Danach, im November 1977, unternahm die vietnamesische Armee aggressive Invasionsakte gegen... (es folgen Namen...). Im Dezember unternahm sie wiederholt großangelegte Invasionsakte gegen... (es folgen Namen...). Gleichzeitig griff die vietnamesische Armee jeden Tag mit Maschinengewehren andere Gebiete des Territoriums des Demokratischen Kampuchea an und beschuß sie, wie z.B. in den Grenzprovinzen... (es folgen Namen...). Die vietnamesische Armee hat die Ernte auf 2-3000 ha kambodschanischen Reisfeldern in... (Namen) geplündert; außerdem wollen die vietnamesischen Aggressionstruppen durch Zerstörung der Kautschukplantagen und Anzünden der Wälder die kambodschanische Wirtschaft untergraben... Die Grundursache ist, daß Vietnam seit langer Zeit das strategische Ziel verfolgt, Kampuchea in eine 'Indochina-Föderation' unter der Fuchtel Vietnams zu treiben." Anschließend heißt es, daß Kampuchea trotz dieser Angriffe gutnachbarliche Beziehungen zu Vietnam wünsche, daß es aber auf strikter Wahrung seiner Souveränität bestehe (PRu 1978, Nr.1, S.25 f.).

Auch die vietnamesische Botschaft in Peking verteilte am 31.Dezember 1977 eine Presseerklärung, worin es heißt: "Es ist die Politik der Sozialistischen Republik Vietnam, daß die Grenz- und Territorialfrage zwischen Vietnam und Kampuchea mit dem Demokratischen Kampuchea auf der Basis der gegenseitigen Achtung der territorialen Souveränität gelöst werden soll, und zugleich durch die Festigung und Verstärkung der Beziehungen, der Solidarität und brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern". Anschließend verweist die Erklärung auf die Verhandlungen zwischen Vietnam und Kambodscha "zur raschen Lösung der Grenzfrage zwischen den beiden Ländern". Im übrigen sei die vietnamesische Politik gegenüber Laos und Kambodscha in der Resolution des IV.Parteitags der KP Vietnams klar festgelegt worden. Dort heißt es, daß sich Vietnam um "besondere Beziehungen zwischen dem vietnamesischen, dem laotischen und dem kambodschanischen Volk bemühen" müsse, damit "die drei Länder, die sich ursprünglich im Kampf um die nationale Befreiung gegenseitig unterstützt haben, auch in der Sache des nationalen Aufbaus und der nationalen Verteidigung und im Interesse der Unabhängigkeit und des Gedeihens jeden Landes für immer miteinander verbunden bleiben" (ebenda, 26 f.).

### (23) Beginn der praktischen Hilfsaktionen Chinas an Kambodscha

Anfang Dezember besuchte das Mitglied des Politbüros des ZK, Vizeministerpräsident des Staatsrats und Parteichef der Musterproduktionsbrigade von Tachai, Chen Yung-kuei das demokratische Kampuchea im Zuge einer, wie es hieß, "Freundschaftsvisite" (NCNA, 3.12.77)

Die Entsendung eines auch in der praktischen Landwirtschaft so erfahrenen Experten wie Chen weist darauf hin, daß die chinesisch-kambodschanische Zusammenarbeit dort beginnen soll, wo die Kambodschaner am meisten der Schuh drückt, nämlich im Bereich der Landwirtschaft.

### (24) Vietnamesisch-chinesische Auseinandersetzung um Fischereifragen

Innerhalb der 75-Meilen-Fischerei-Schutzzone vor der Küste Vietnams will Vietnam seine Rechte ganz allein ausüben. Auch chinesische Boote werden aufgebracht, falls sie sich in die Schutzzone wagen. Dies erfuhren die Kapitäne von zwei aus Hong Kong stammenden Trawlern, die nach ihrer Rückkehr berichteten, sie seien von zwei vietnamesischen Kanonenbooten auf hoher See gestoppt worden, und zwar in der Annahme, daß es sich um chinesische Boote handle. Die beiden Dschunken hatten die chinesische Fahne gehißt, weil sie, wie die meisten Fischer der Kronkolonie, dem Fischereiverband von Kanton angehören.

Bei einem Verhör seien sie, die Fischer, auch über die Lebensverhältnisse Chinas und über die politische Lage befragt worden (nach: Die Welt, 3.12.1977).

### (25) Grenzkonflikt ?

In einem Bericht über die Wachsamkeit der chinesischen Volksbefreiungsarmee und Milizen in den Grenzgebieten gab Radio Peking am 5.10. ein Beispiel von "Chinas Grenze im Süden". Im August 1977 habe ein Wachposten von einem Berg aus ein feindliches Minensuchboot in der Nähe der chinesischen Küste ausgemacht, und bei einer anderen Gelegenheit seien auf der Spitze eines Berges "einige Schurken" festgenommen worden, die "versucht hätten, im Grenzgebiet Unruhe zu stiften". (Das einzige Land, an das China im Süden grenzt - und zwar sowohl zu Wasser als auch zu Land - ist Vietnam). In demselben Bericht ist noch von Kriegsvorbereitungen und Provokationen auf der anderen Seite der Grenze am Fuß des Muztah-Berges in Pamir die Rede (SWB, 14.10.77). Hier sind deutlich die Russen gemeint.

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

### UND

### KONFERENZEN

### (26) Rückblick auf die 32.UN-Vollversammlung

Die 32.Tagung der UNO-Vollversammlung, die vom 20.9. bis zum 21.12.1977 stattfand, beriet über 131 Themen, unter denen die Fragen des südlichen Afrika, des Mittleren Ostens, die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und die Schaffung von Friedens- und kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Teilen der Welt im Vordergrund standen.

Für den Kommentator der Hsinhua (NCNA, 23.12.77) zeigt schon das äußere Bild, wie sehr sich die UNO gewandelt hat: Bei ihrer Gründung am 24.Oktober 1945 hatte die Weltorganisation nur 51 Mitgliedsstaaten. Heute sind es 149, davon 110 aus der Dritten Welt. Längst sei die Zeit vorbei, wo die UNO von der einen oder anderen Macht manipuliert werden konnte. Auch darin zeige sich, daß die Länder der 3.Welt zur Hauptkraft im Kampf gegen den Hegemonismus geworden sind.

Die aus chinesischer Sicht wichtigsten Tagungsergebnisse sind folgende: